

THEMEN

Wirtschaftliche Auswirkungen
der Corona-Krise

Betroffenheit der jungen
Generation

Emissionsreduktion &
Klimaschutz

© Shutterstock/KinkarkinPhoto

Ein Virus als Brennglas

Vor sechs Monaten konnten nur wenige mit dem Begriff Coronavirus etwas anfangen. Mittlerweile ist es ein ernstzunehmender Kandidat für das Wort des Jahres, spüren wir doch die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Auswirkungen der Pandemie nach wie vor in unserem Alltag.

Ende Dezember warnte Li Wenliang, Arzt am Zentralkrankenhaus Wuhan Kollegen vor einer neuartigen Lungenkrankheit. Am 3. Jänner musste Li eine Erklärung unterschreiben, dass er künftig solche „unwahren Behauptungen“, die die „gesellschaftliche Ordnung stören“, unterlassen werde. Die chinesischen Behörden haben sich mittlerweile entschuldigt. Li wird trotzdem nichts mehr sagen, er starb Anfang Februar im Alter von 33 Jahren an den Folgen von Covid-19.

Vieles über das Coronavirus SARS-CoV-2, das das Schwere-akute-Atemwegssyndrom auslöst, ist noch nicht sicher bekannt, manche Erkenntnisse werden auch wieder in Frage gestellt. So galt anfangs als sicher, dass nur ältere Menschen gefährdet sind, während Junge als die Haupt-Überträger eingestuft wurden. Es zeigte sich dann aber: Ganz so problemlos verläuft die Krankheit auch bei vielen jüngeren Menschen nicht. Und über die Frage, welche Rolle Kinder bei der Übertragung spielen, streiten sich immer noch die Experten. Und mittlerweile wissen die meisten, dass dies keine rein akademische Frage ist, sondern Auswirkungen auf unser aller Leben hat.

Das „alte“ und das „neue“ Normal

Am 25. Februar wurden die ersten beiden Infektionsfälle in Österreich registriert. Mit Ende Juni 2020 gab es in unserem Land insgesamt 17.665 bestätigte Infektionen und 676 Todesfälle. Die Betroffenheit reicht aber weit über die Erkrankten und ihre Familien hinaus.

Die österreichische Bundesregierung verhängte zur Eindämmung der Ausbreitung der Krankheit ab Mitte März Einschränkungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Spätestens seit der Bekanntgabe dieser Lockdown-Maßnahmen hat sich unser Leben radikal verändert. Menschen, die von Vorratshaltung im Rahmen des Zivilschutzes noch nie gehört hatten, schoben Einkaufswagen mit Bergen von Nudeln, Konservendosen, Germ und Mehl durch völlig überfüllte Geschäfte. In vielen Super- und Drogeriemärkten wurde das Toilettenpapier knapp.

Ein großer Teil unseres Alltags wurde von einem Tag auf den anderen umgekrempelt. Aber der Mensch ist anpassungsfähig: Viele von uns haben sich im „neuen Normal“ gut eingerichtet. Vor allem jene, die in puncto Familienverhältnisse, Gesundheitsstatus (physisch und psychisch), Bildungsstand, Wohnsituation, Arbeitsplatz, finanzieller Absicherung etc. schon vorher eher begünstigt waren, sind vermutlich großteils relativ unbeschadet durch die Krise gekommen. Sie nutzten die Umstände, um öfter mit den Kindern zu spielen, endlich wieder mehr Sport zu betreiben, Mundschutzmasken zu nähen oder Brot zu backen.

Bildungsschere geht auf

Doch es gibt auch jene, die durch die Corona-Krise und die Maßnahmen zur Eindämmung weiter zurückgeworfen wurden. Im Bildungsbereich wurde dies sehr deutlich. Die plötzliche Umstellung auf Distance-Learning und Home-schooling hat die ungleiche Chancenverteilung noch weiter verschärft hat. Laut einer IHS-Befragung von Lehrern waren zwölf Prozent ihrer Schülerinnen und Schüler während der Schulschließung schwer oder gar nicht für sie erreichbar. Bei den ohnehin schon wegen Sprachproblemen oder sozial schwachem Elternhaus benachteiligten Schülern waren über ein Drittel nicht erreichbar. Logische Konsequenz: 80 Prozent der Pädagogen kommen zu dem Schluss, dass die Kluft zwischen den bevorzugten und den benachteiligten Schülern während des Shutdowns weiter gewachsen ist.

In der 24-Stunden-Pflege wurde uns durch ein Schließen der Grenzen die europäische Arbeitsteilung in diesem Bereich (inkl. der prekären Arbeitsbedingungen und der für den österreichischen Lebensstandard wenig lukrativen Bezahlung) ins Bewusstsein gerufen. Auch die Kinderbetreuung hat sich kurzfristig ins mediale Rampenlicht gestellt. Beides Bereiche, für die in unserer Gesellschaft tendenziell Frauen, tendenziell un- oder schlecht bezahlt zuständig sind. Eine Studie der Universität Wien zeigt, dass sich mit der Corona-Krise die geschlechtsspezifischen Zuständigkeiten für die Kinderbetreuung noch verstärkt haben. Bei Schließung von Kindergärten

und Schulen sind es vor allem die Mütter, die ihre Kinder betreuen und mit ihnen lernen: 47 % der Frauen und 29 % der Männer haben in der Phase des Lockdowns viel mehr Zeit für diese Tätigkeiten aufgewendet (und das von schon geschlechterspezifisch unterschiedlichen Ausgangswerten).

In den letzten Wochen wurde deutlich, dass die Corona-Krise nicht nur eine Gesundheitskrise ist. Mittlerweile sind (fast) alle gesellschaftlichen Teilbereiche betroffen. Und hier wie da, im Großen wie im Kleinen wirkt die Krise wie ein Brennglas auf die sozialen Verhältnisse. Wenn ohnehin alles gut läuft, ist so eine Pandemie eine Erschütterung, mit der man zurecht kommt. Unter weniger vorteilhaften Umständen – und sei es auch nur in einem Teilbereich des Lebens, kann aber ein Flächenbrand entstehen, dessen Schäden die Corona-Krise – egal wie lange sie uns noch begleiten wird – überdauern. Den ersten Löschzug hat die Regierung schon ausgeschiedet. Weitere werden benötigt. Genaues Hinschauen ist jedenfalls wichtig. ■

FAKTEN

588.234 Arbeitslose zählte das AMS als Höchstwert Mitte April 2020

-4,9 % weltweites Wirtschaftswachstum für 2020 (IMF-Prognose im Juni)
Industrieländer: **-8 %**

505.505 weltweite Todesfälle durch Covid-19 (Stand vom 30.6., 8 Uhr)

130 Impfstoffentwicklungen gegen das Corona-Virus laufen aktuell nach WHO-Angaben weltweit



Die Zeit wird noch länger schwierig bleiben

Durch den Shutdown zur Bekämpfung der Ausbreitung von Covid-19 rutschte die Weltwirtschaft in die größte Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg. Über den Preis von Sicherheit, unterschiedliche Betroffenheiten und über die Frage, wer die Krisenkosten bezahlt, sprach denk.stoff mit dem Ökonomeprofessor und Wifo-Leiter Christoph Badelt.

Was hat uns die Covid-Krise über unser Wirtschaftssystem gelehrt?

Die Krise hat deutlich aufgezeigt, wie weit verzweigt das marktwirtschaftliche System ist und wie gut es funktioniert. Wollte ich heute eine Einführung in die Volkswirtschaftslehre geben, würde ich die Schwierigkeiten beim Shutdown anführen, um zu zeigen, wie verwoben unsere Wirtschaft ist. Da wurde für alle sichtbar, wer von wem direkt oder indirekt abhängig ist. Das zeigt die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft. Ich ziehe daraus aber nicht den Schluss, die Marktwirtschaft abzuschaffen – ganz im Gegenteil.

Wir sollten aber die Frage beantworten: In welchen wirtschaftlichen Bereichen sollte man mit der internationalen Arbeitsteilung vorsichtiger umgehen? Wo sollten wir uns eine gewisse Autarkie oder zumindest eine Diversifikation der Lieferanten vorbehalten?

Eine weitere Lehre aus der Corona-Krise ist die Debatte um die Bewertung von Effizienz und Sicherheit bzw. Bevorratung im öffentlichen Sektor. Wie viele Intensiv-Spitalsbetten brauchen wir als Sicherheit? Wie viel Geld gibt man für Dinge aus, die man akut nicht braucht, aber später vielleicht irgendwann brauchen könnte? Diese Dimension der Effizienzdiskussion hat bisher zu wenig Beachtung gefunden.

Was kostet die Vermeidung von Risiken – bei Krankenhausbetten, Medikamentenproduktion in Europa etc.?

Da gibt es keinen Milliardenbetrag. Aber es ist tatsächlich so, dass Sie sich Resilienz kaufen müssen. Ganz im Sinne der Lehrbuch-Ökonomie geht es um die Verwendung knapper Güter. Sie können knappe Ressourcen auch für Sicherheit, für Vorsichtsmaßnahmen und für die Absicherung im Katastrophenfall ausgeben. Wenn dann keine Katastrophe eintritt, dann haben Sie das Geld umsonst ausgegeben. Dann sind Sie bei der ehemaligen Gesundheitsministerin Rauch-Kallat und den Grippemasken. Nachher sind dann alle gescheit. Aber diese Einschätzung hat sich mit Corona auch wieder verändert.

Wir merken jetzt, wie rasch sich Prioritäten in der Politik verschieben können, wenn eine Katastrophenstimmung auf-

kommt. Da stellt sich dann die Frage, wie heftig müssen Umweltkatastrophen werden, damit die Bereitschaft, in diesem politischen Feld etwas zu unternehmen, ausreichend groß wird? Das ist auch insofern bemerkenswert, wenn man bedenkt, wie viel Geld jetzt zur Verfügung steht. Nicht, dass ich das kritisch sehe, aber man merkt: Im Alltag ist der Druck der Klimaproblematik noch nicht groß genug.

Wie sieht die Betroffenheit unterschiedlicher Altersgruppen aus?

Von Arbeitslosigkeit sind aktuell einerseits viele Junge betroffen. Bemerkenswert ist aber, dass gleichzeitig die traditionellen Problemgruppen wieder betroffen sind: Ältere und gering Qualifizierte. Bei Problemen sind es immer die gleichen Gruppen, die zuerst ihren Job verlieren – ergänzt diesmal um die ganz Jungen – nach dem Motto: Die am kürzesten dabei sind, können wir als erste freisetzen. Fehlende Lehrstellen sind jetzt ein besonderes Problem.

Wer wird die Krisenkosten letztlich bezahlen?

Dafür müssen wir zwischen Staatsschulden und laufendem Budget unterscheiden. Wir im Wifo rechnen damit, dass die Staatsschulden heuer um zehn Prozentpunkte steigen – von 70 auf rund 80 Prozent des BIP, in den Folgejahren bis gegen 86 %. Das verursacht kaum laufende Kosten, weil wir derzeit wenig bis keine Zinsen für die Verschuldung zahlen. Es geht nur darum, dass das irgendwann einmal zurückgezahlt werden kann – von künftigen Generationen.

Beim laufenden Budget rechnen wir aktuell mit einem Defizit von 10,3 % des BIP. Zwar ist zu hoffen, dass ein gewisser Teil dieses Defizits durch den wirtschaftlichen Aufschwung von selbst abgedeckt wird – indem die Unterstützungszahlungen auslaufen und die Steuereinnahmen steigen. Aber leider sind auch hier die mittelfristigen Perspektiven nicht allzu rosig. Wir rechnen sogar 2024 noch mit einem Defizit von 3 %. Hier taucht ein altes Problem wieder neu am Horizont auf, das der Haushaltskonsolidierung.

Welche der Maßnahmen zur Bekämpfung der ökonomischen Auswirkungen der Corona-Krise waren aus Ihrer Sicht sinnvoll, welche nicht?

Ich kenne keine Maßnahme größeren Stils, die ich als fraglich ansehen würde. Die ersten Maßnahmen waren Zuschüsse für Unternehmen, um zu verhindern, dass sie gleich zusperren müssen, damit sie Arbeitskräfte nicht kündigen, sondern halten – nämlich in Kurzarbeit. Es gab Zuschüsse für jene, denen das Einkommen verloren ging – sei es durch Arbeitslosigkeit oder Auftragsverluste von EPUs. Man kann natürlich darüber streiten, ob alles gut gelaufen ist. Ob es zu lange gedauert hat. Aber das sind Durchsetzungsthemen.

Wie ist Ihre Prognose für die künftige Entwicklung?

Die Zeit wird noch länger schwierig bleiben. Selbst dann, wenn es keinen Rückfall in der Krankheit gibt. Die wirtschaftlichen Schäden werden wir nicht so rasch aufholen können.

» Wie viel Geld gibt man für Dinge aus, die man akut nicht braucht, aber später vielleicht brauchen könnte? Diese Dimension der Effizienzdiskussion hat bisher zu wenig Beachtung gefunden.«

Christoph Badelt ist Volkswirt und seit 1989 Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien, seit 2019 ist er emeritiert. Seit 2016 leitet er das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung.



Finanzielle Einbußen für junge Menschen

Während die Gesundheitsrisiken durch Covid-19 vor allem für ältere Menschen hoch sind, treffen die wirtschaftlichen Konsequenzen im Besonderen die Altersgruppe unter 25 Jahren.

Während die Gesundheitsrisiken durch Covid-19 vor allem für ältere Menschen hoch sind, treffen die wirtschaftlichen Konsequenzen im Besonderen die Altersgruppe unter 25 Jahren. Im April waren in Österreich 27.701 Jugendliche arbeitslos gemeldet. Das sind doppelt so viele wie noch vor einem Jahr. Während die Zahl der Lehrstellensuchenden in diesem Zeitraum um 71 Prozent stieg, ging die Zahl der sofort verfügbaren offenen Lehrstellen um 21 Prozent zurück.

Mit dieser Entwicklung steht Österreich nicht allein dar. In ganz Europa ist die Generation der Millennials durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-Pandemie betroffen. Eine Spezialausgabe des European Consumer Payment Report kommt zu dem Schluss: Die Covid-19-Krise hat vor allem jene Generation getroffen, die von Haus aus schon über weniger Ersparnisse verfügt. Zwei Drittel der Millennials musste durch Covid-19 Einkommenseinbußen hinnehmen im Vergleich zu 20 Prozent in der Altersgruppe ab 65 Jahren.

Eine weitere Gruppe, die von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie besonders betroffen ist, sind Familien mit Kindern. In der Studie geben knapp zwei Drittel der Befragten aus Haushalten mit Kindern an, dass sich ihr Haushaltseinkommen als Folge des Covid-19-Ausbruchs verringert habe, während bei Haushalten ohne Kinder nur 49 Prozent dieser Aussage zustimmten.

Fehlende Lehrstellen, das Streichen von zugesagten Praktikumsplätzen und der Umstand, dass jüngere Mitarbeiter, die noch nicht so lange im Unternehmen sind, tendenziell früher gekündigt werden, sind Kennzeichen der Arbeitsplatzsituation der europäischen Jugend in der Covid-Krise. Um die Unsicherheiten beim Berufseinstieg nicht zu Problemen werden lassen, die im schlimmsten Fall bis zur Pensionierung finanziell nachwirken, braucht es spezielle Maßnahmen für junge Menschen. Eine Generation ohne Perspektive kann sich Europa nämlich nicht leisten. ■



3 FRAGEN AN...



BEATE LITTIG

Leiterin der Forschungsplattform Sozial-ökologische Transformation, Institut für Höhere Studien

#1 Kommt es zu einer Neubewertung von Arbeit (Sorge-/Pflegearbeit)?

Der kurzzeitige Applaus für die Beschäftigten in den so genannten systemrelevanten Jobs – in erster Linie Arbeitsplätze von Frauen – ist bestenfalls symbolisch relevant. Sollten diese Berufe, insbesondere die Sorge- und Pflegearbeiten nicht strukturell, d. h. finanziell und in der Arbeitsplatzqualität deutlich aufgewertet werden, ist er sogar zynisch. Dies bedarf politischer Regulierung, wie auch konsequenter Geschlechtergleichstellungspolitik.

#2 Was bedeutet die Covid-Krise für Geschlechterrollen?

Es ist zu befürchten, dass die traditionellen sozialen Geschlechterrollen durch den Lockdown, Homeoffice und die hohe Arbeitslosigkeit gefestigt bzw. re-traditionalisiert werden. Erste Studien aus Deutschland bestätigen, dass insbesondere bei Paaren mit Kindern, Hausarbeit und Kinderbetreuung verstärkt von den Frauen erledigt wurden. Frauen in schlecht bezahlten oder prekären Arbeitsplätzen sind deutlich mehr von Arbeitslosigkeit bedroht.

#3 Hilft die Covid-Krise bei der Bewältigung der Klimakrise oder steht sie längerfristig dem Klimaziel im Weg?

Wo es gelingen wird, Win-win-Situationen stark zu machen, wird sich vermutlich eine ökologische Modernisierung der Wirtschaft im Sinne eines Green Deal durchsetzen; vor allem im Bereich der Infrastrukturen (etwa Bahnausbau, Energieversorgung und -effizienz). Dort, wo die Wirtschaftslobbys stark sind und mit drohenden Arbeitsplatzverlusten und Standort- oder Wettbewerbsnachteilen reüssieren können, wird es kaum Innovationen geben.

KOHLLEN.STOFF

Blaupause für Klimarettung?

Heuer dürften erstmals seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 weniger Treibhausgase emittiert werden als im Jahr davor. Als Mittel gegen den Klimawandel taugt der globale Shutdown nicht.

Ein internationales Forscherteam um Corinne Le Quééré von der englischen University of East Anglia schätzt, dass aufgrund der Schließung der Grenzen, der Einschränkung wirtschaftlicher Aktivitäten, weniger Verkehr und geänderter Lebens- und Konsumgewohnheiten im April der tägliche weltweite CO₂-Ausstoß um bis zu 17 % im Jahresvergleich gesunken ist.

Landverkehr, Energie und Industrie machten demnach gemeinsam 86 Prozent des gesamten CO₂-Rückgangs aus. Die Experten gehen davon aus, dass der Ausstoß im heurigen Jahr – je nach Dauer der Maßnahmen – letztlich zwischen fünf und zehn Prozent sinken wird. Der Trend – würde er fortgeschrieben – wäre zwar ausreichend, das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Doch dürfte eine Fortdauer der Einschränkungen – trotz aller Bekenntnisse zur Klimarettung – kaum mehrheitsfähig sein.

Im Gegenteil. Besteht doch die Gefahr, dass durch die Versuche, den wirtschaftlichen Einbruch abzufedern, das Klima zum nächsten Corona-Opfer wird. Unsere Volkswirtschaft und unser ganzes Leben ist immer noch auf fossile Rohstoffe angewiesen und die sind derzeit günstig wie schon lange nicht mehr. Umso mehr müsse jetzt mit den ohnehin geplanten Investitionen systemisch gegengesteuert werden. Dafür gibt es viel eher eine Mehrheit als für weitere einschränkende Maßnahmen. ■

Covid-19 steht für Corona-Virus-disease und bezeichnet die Krankheit, die durch das Virus SARS-CoV-2 verursacht wird.

Laut Unicef sind weltweit **19 Millionen** Kinder Binnenflüchtlinge in ihren eigenen Ländern. So viele wie nie zuvor.

Der Klimawandel führt in Österreich – so eine Studie der AGES – in den kommenden 40 Jahren zu einem Rückgang der landwirtschaftlichen Erträge um bis zu

19 %

Bei den meisten derzeit wichtigen Feldfrüchten wird es nach 2030 keine Autarkie mehr geben.

Seit dem Beitritt Litauens 2015 besteht die Eurozone aus **19 EU-Staaten**. 64 % der Europäer – und auch der Österreicher – halten die gemeinsame Währung für positiv für ihr Land.

Das **Lied „19“** von Paul Hardcastle wurde 1985 veröffentlicht. Es spielt auf das Durchschnittsalter der im Vietnamkrieg getöteten US-amerikanischen Soldaten an (tatsächlich lag es bei 23 Jahren). Bis Juni 2020 starben bereits doppelt so viele US-Amerikaner an Covid-19 als im Vietnamkrieg.

§ **19d Arbeitszeitgesetz** regelt die Teilzeitarbeit, eine solche liegt vor, wenn die vereinbarte Wochenarbeitszeit die gesetzliche Normalarbeitszeit unterschreitet. 48 % der erwerbstätigen Frauen und 11 % der Männer arbeiten Teilzeit.

19 % der Menschen in Österreich sind unter **19 Jahre alt**. Etwa der gleiche Prozentsatz ist 65 oder älter.

In dem kleinen Ort Sunndalsora im Westen Norwegens wurde Anfang dieses Jahres ein Jänner-Rekord von

19 °C gemessen.

Bei den Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung am 16. Februar **1919** durften österreichische Frauen erstmals wählen. Die Beteiligung der Frauen lag bei 82 %, jene der Männer bei 87 %.



denk.anstoß

von Stephan Pernkopf
Präsident des Ökosozialen Forums Österreich & Europa

DIE COVID-19-KRISE HAT ÖSTERREICH NACH WIE VOR IM GRIFF. Auch wenn die Einschränkungen schrittweise zurückgefahren werden, die Auswirkungen werden uns noch weiter begleiten. Wir im Team Österreich haben in den vergangenen Wochen eine außergewöhnliche Situation zu meistern gehabt. Nicht immer alles ist perfekt gelaufen. Insgesamt hat sich aber gezeigt, dass Verantwortungsbewusstsein, Einsatzbereitschaft und das aktive Einsteigen für andere die Basis ist, um Krisen zu überwinden. Und dass wir das größere Ganze sehen und uns nicht in unseren persönlichen Interessen und Egoismus verlieren. Diesen Geist sollten wir uns über die Corona-Zeit hinweg erhalten.

Die von der Bundesregierung gesetzten Maßnahmen waren und sind notwendig und sie wurden in Österreich zum richtigen Zeitpunkt gesetzt. Jene Länder, die sich (anfangs) für eine andere Strategie der Corona-Bekämpfung entschieden haben, haben mittlerweile ihren Kurs geändert und/oder bezahlen dies mit einem sehr hohen Preis. Aber wir haben erst einen Teil des Weges zurückgelegt. Jetzt geht es darum, die negativen Auswirkungen des Lockdowns zu beseitigen und uns unsere Freiheiten zurückzugeben, ohne eine zweite Krankheitswelle zu riskieren.

Wir müssen die Wirtschaft wieder anwerfen, aber dabei gleich vieles neu andenken. Insofern kann die Krise auch

eine Chance sein. Nämlich dann, wenn es gelingt, unsere Wirtschaft ökologischer und sozialer auszurichten und sicherer zu machen. Alles immer nur kurzfristig nach dem kleinsten Preis und der größten Rendite zu bewerten, kann nicht der Weg sein. Produktionsketten vor Ort geben Sicherheit, sind besser für die Umwelt und schaffen auch Arbeitsplätze in den Regionen. Damit nicht Amazon und Co. zu den Gewinnern dieser Krise werden, sondern die Besinnung auf unsere eigenen Stärken. Und wir brauchen mehr internationale Zusammenarbeit. Sie ist Garant für den Frieden. Wir können das Corona-Virus nur mit vereinten Kräften bekämpfen. Einen Impfstoff werden wir dann am schnellsten finden, wenn die klügsten Köpfe weltweit gemeinsam daran arbeiten.

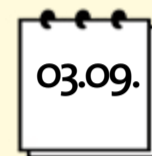
Nahrungsmittelknappheiten müssen verhindert werden

Aber wichtige Bereiche des täglichen Lebens müssen in den eigenen Händen liegen, es kann nicht sein, dass wir zum Beispiel bei medizinischen Gütern und Medikamenten von Asien abhängig sind. Das gleiche gilt für die Lebensmittelversorgung. Durch Klimawandel und Bodenverluste – so eine AGES-Studie – wird der Ertrag der wichtigsten Feldfrüchte in Österreich bis 2040 um 19 % zurückgehen. In zehn Jahren werden wir in Österreich bereits die Eigenversorgung nicht mehr decken können. Das sollten wir mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern, nicht aus Egoismus, sondern

weil Österreich keine Insel ist – andere Länder stehen vor dem gleichen Problem (viele in noch größerem Ausmaß). Wenn wir schon bei Lieferungen von Schutzmasken an die Grenzen internationaler Solidarität stoßen, sind wir gut beraten, Verknappungen bei Nahrungsmitteln zu verhindern.

Den Kampf gegen den Klimawandel müssen wir daher gleichzeitig mit der Bekämpfung der Corona-Folgen angehen. Instrumente wie eine CO₂-Lenkungsabgabe und Klimazölle sind dabei ein Gebot der Stunde – national, aber auch international. Der massive Ausstoß von CO₂ gefährdet unsere Lebensgrundlagen, gleichzeitig werden Lebensmittel und andere Güter aus anderen Erdteilen importiert – mit niedrigeren Umwelt- und Sozialstandards, aber mehr Transportkilometer im Gepäck. Wir müssen nach Corona durch Investitionen unsere Zukunft zurückholen und können sie nicht durch Ignoranz auf der anderen Seite wieder gefährden. Geben wir schädlichem Verhalten einen angemessenen Preis – das ist Ökosoziale Marktwirtschaft und die brauchen wir in Österreich, in Europa und international – besser heute als morgen. ■

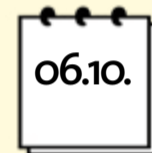
TERMINE



Webinar: Österreichs Wald auf dem Holzweg?

Klimawandel, Schadholz, Preissturz: mit Bioökonomie durch die Krise.

Anmeldung und Details: <https://ökosozial.at>



Webinar: Webinar - Raus aus Erdöl, rein ins ... ?

Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen im Check
Anmeldung und Details: <https://ökosozial.at>

IMPRESSUM & OFFENLEGUNG GEM. §25 MEDIENGESETZ

Herausgeber & Verleger: Ökosoziales Forum Österreich & Europa, Herrngasse 13, A-1010 Wien, ZVR-Zahl: 759206393, Telefon: +43 (0) 1/253 63 50-0, info@ökosozial.at, http://ökosozial.at

Redaktion: Michaela Hickersberger (Leitung), Bianca Blasl, Hans Mayrhofer | Satz: Vanessa Erhardt | Druck: Druckerei Janetschek, 3860 Heidenreichstein | Nachdruck und fotomechanische Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers. Die Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz ist unter <http://ökosozial.at/denk-stoff/offenlegung-gem-§-25-mediengesetz> abrufbar.



Umfangreiches Forstpaket durchgesetzt

Um den Wäldern ihre Funktionskraft zurückzugeben und ihren Bewirtschaftern neue Perspektiven zu bieten, hat die Bundesregierung in enger Abstimmung mit Landwirtschaftskammer und Bauernbund ein großes Forstmaßnahmenbündel beschlossen. Wir haben LKÖ-Präsident Josef Moosbrugger zu Hintergründen, Zielen und den einzelnen Maßnahmen befragt. Das Interview führte Claudia Jung-Leithner.

Herr Präsident Moosbrugger, Sie waren an der Erarbeitung dieses umfangreichen Forstpakets beteiligt. Was waren Ihre Beweggründe dafür?

Wir haben eine absolut dramatische Situation in Österreichs Wäldern. Diese leiden – wie in ganz Mitteleuropa – unter der massiven Klimaverschlechterung, die bereits zu einer Borkenkäfer- und Schadholzmisere geführt hat. Und jetzt kommt noch die Corona-Krise mit daraus resultierenden Absatzproblemen dazu. Unsere Waldbäuerinnen und -bauern haben in den letzten Jahren wirklich einen enormen Schaden erlitten. Und diese äußerst problematische Entwicklung wird uns noch länger beschäftigen. Daher habe ich darauf gedrängt, dass für unsere Wälder und ihre Bewirtschafterinnen und -bewirtschafter ein Unterstützungspaket geschnürt wird. Unsere natürlichen Klimaanlagen, Sauerstoff- und Holzproduzenten sowie Biodiversitätshotspots sind in Gefahr. Mir war es wichtig, konkrete Handlungen für unsere grünen Lungen zu setzen und nicht zuzuwarten, bis es zu einem Multiorganversagen kommt. Ein großes Danke an unsere Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger, dass sie in enger Abstimmung mit uns dieses Hilfspaket in noch nie dagewesenem Umfang in der Regierung durchgesetzt hat.

Und worauf zielen die Maßnahmen im Forstpaket insgesamt ab?

Einerseits müssen wir die Betriebe in einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Situation finanziell entlasten und andererseits müssen wir Märkte und Absatzchancen für die Zukunft entwickeln. Entscheidendes Ziel dieses 350 Millionen Euro Forstinvestitionspakets ist, das borkenkäferbefallene Holz raschest raus aus dem Wald und rein in innovative Verwertungsformen, wie Bioenergie und -ökonomie, zu bringen und als wichtigste Absatzschiene den Holzbau zu forcieren. Es kann nicht sein, dass unsere Forstwirinnen und Forstwirte

auch noch draufzahlen, wenn sie die vielfältigen Leistungen unserer Wälder für die gesamte Bevölkerung erhalten bzw. wiederherstellen müssen. Die nun beschlossenen Maßnahmen zielen darauf ab, die Situation für unsere Waldbäuerinnen und Waldbauern umgehend zu verbessern. Wir brauchen klima- und zukunftsfitte Wälder und Klimaschutz durch Ersatz von fossilen Energieträgern. Corona hat aufgezeigt, wie wertvoll eine regionale Versorgung ist, dazu zählen auch Energie und Rohstoffe. Die 350 Millionen Euro sind somit unverzichtbare Zukunftsinvestitionen und gut eingesetzt.

Von welchen Maßnahmen werden die Waldbäuerinnen und -bauern direkt profitieren?

Kernelement ist, dass – analog zu Sturmschäden – auch durch den Klimawandel verursachte Wertverluste beim Holz möglichst gut abgegolten werden. Geplant sind außerdem Mittel für die rasche Wiederaufforstung nach Schadereignissen inklusive deren Pflege, eine Maßnahme zur Regulierung und Sicherstellung einer klimafitten Baumartenzusammensetzung, also Mischwuchsregulierung, und die Errichtung von Nass- und Trockenlager für Schadholz. Da sich die rasante Vermehrung von Borkenkäfern mit speziellen Entrindungsvorrichtungen auf Holzerntemaschinen eindämmen lässt, soll auch dieser Mehraufwand entsprechend abgegolten werden.

Was ist darüber hinaus für eine zukunftsfitte Forstwirtschaft vorgesehen?

Wir setzen da sehr auf Wissenschaft und Entwicklung sowie innovative Absatzmärkte. Einerseits brauchen wir praxisorientierte Forschungsprojekte, die auf klimafitte Wälder abzielen und Antworten für die Zukunft liefern. Andererseits haben wir uns sehr für die Errichtung einer Forschungsanlage zur Erzeugung von Holzgas und holzbasierten Treibstoffen

JOSEF MOOSBRUGGER
Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich



eingesetzt, was letztendlich von der Regierung beschlossen worden ist. Unser erklärtes Ziel ist es, dass sich die Land- und Forstwirtschaft mittelfristig ihre gesamte Energie samt Treibstoffen selbst erzeugt und von Fossilien unabhängig wird. Wir sind nicht nur Hauptbetroffene der Klimakatastrophe, sondern auch Teil der Lösung. In eine ähnliche Richtung geht auch die von der Regierung beschlossene Holzbauoffensive. Holz bindet ja langfristig CO₂ und kann klimaschädliche Baustoffe heutzutage perfekt ersetzen. Die Holzbauoffensive soll zu einem verstärkten Holzeinsatz führen und die gesamte regionale Wirtschaft nachhaltig beleben. Umweltschutz und Wirtschaftsförderung gehen hier Hand in Hand.

Zusätzlich zum Forstpaket gibt es noch 50 Millionen Euro steuerliche Entlastungen für die gesamte Land- und Forstwirtschaft. Von welchen werden die Waldbäuerinnen und Waldbauern besonders profitieren?

Es gibt ein Bündel von Maßnahmen im Bereich der Steuern und Abgaben, die nicht eine einmalige Unterstützung darstellen, sondern auf Dauer Entlastung bringen. Das war mir ein besonderes Anliegen. Eine Maßnahme ist die Änderung der forstlichen Bewertungsrichtlinien beim Einheitswert. Sind 20 oder mehr Prozent der Waldfläche vom Borkenkäfer vernichtet worden, sollen die bestehenden Hektarsätze bei Antrag auf Wertfortschreibung um 30 Prozent vermindert werden. Und da im Falle einer Kalamitätsnutzung die Bringungskosten für das eingeschlagene Rundholz wesentlich höher sind als die Einnahmen, werden die pauschalen Betriebsausgaben als Ausgleich erhöht. Für die auf Waldnutzungen infolge höherer Gewalt entfallenden Betriebseinnahmen wird ein Zuschlag von 20 Prozent auf die pauschalen Betriebsausgaben eingeführt. Derzeit können maximal 50 Prozent der Einkünfte aus Kalamitätsnutzung als „Stille Reserve“ auf Wirtschaftsgüter übertragen werden. Dieser Anteil wird auf 70 Prozent angehoben.